



## MESSEROPFER VIVIEN ERLITT RIPPENBRÜCHE, VERLIERT MILZ UND TEIL DER BAUCHSPEICHELDRÜSE

# Großburgwedel: Der merkwürdige Zickzack-Kurs der Justiz

Von H.L. | Das Messeropfer Vivien K. (24) aus Großburgwedel ist schwerer verletzt als bekannt, [schreibt die Bild](#). Milz weg, Teil der Bauchspeicheldrüse entfernt, Rippenbrüche durch die Wucht des Messerstiches eines syrischen Jugendlichen, der die Verkäuferin am vergangenen Samstag niederstach ([PI-NEWS berichtete mehrfach](#)). Während sich das Mädchen nach tagelangem Koma unterstützt von ihren fassungslosen Eltern zurück ins Leben kämpft, werden draußen offenbar viele Hebel in Bewegung gesetzt, um die Tat im milderen Licht erscheinen zu lassen.

– Dafür erscheint jetzt der Freund des Opfers, Domenic (25), in einem schiefen Licht. Der Täter schweigt zwar beharrlich im Jugendknast Hameln, so die Staatsanwaltschaft, aber von den Verwandten des Angreifers wird laut Bild kolportiert, Domenic soll ein beteiligtes Kind des Tätertrios vor dem Angriff am Ohr gezogen haben.

Tragen jetzt etwa Vivien und ihr Freund selber Mitschuld an der brutalen Tat? Soll das heißen, dass ein „Ohrziehen“ – falls das überhaupt stimmt – einen lebensgefährlichen Messerangriff rechtfertigt, und dazu noch „die Falsche“ trifft? Oder war es vielleicht so, dass das Leben einer Frau nichts wert war, weil es eine Frau traf? Dazu hat die Staatsanwaltschaft noch keine öffentliche Meinung.

– Die Justiz ist inzwischen fleißig daran, die Schwere der Tat zu bagatellisieren, so der Eindruck für Außenstehende. Der anfängliche Vorwurf der versuchten Tötung wurde im Nachgang auf gefährliche Körperverletzung reduziert. Die Begründung dafür klingt für den juristischen Laien abenteuerlich und konstruiert. „Im Rahmen der bisher durchgeführten Ermittlungen hat sich gezeigt, dass es einen einzigen Stich gegeben hat“, sagte Oberstaatsanwalt Klinge zum NDR. Die Frau soll in diesem Moment gestanden und auch nicht am Boden gelegen haben, als die Täter verschwanden. Juristisch sei dies wichtig, so Klinge: Der Verdächtige habe die Tat nach dem Stich abgebrochen, weil er offenbar nicht vorhatte, das Opfer zu töten. Woher weiß die Staatsanwaltschaft das, wenn der Täter schweigt? Begründet sie auf eine bloße Vermutung hin die [Reduzierung des Anklagevorwurfs](#) oder müssten nicht die Gesamtumstände zählen?

Unfasslich, wenn der Laie dieses Argument weiterspinn: Heißt das jetzt für künftige Messerstecher, dass der „erste Stich frei“ ist? Die Staatsanwaltschaft ruderte inzwischen offenbar schon wieder zurück und lässt sich ein Türchen offen: Vielleicht bewerte man den Fall neu, wenn weitere Ermittlungen angestellt worden sind, ist aus der hannoverschen Justiz zu hören.

– Die Staatsanwaltschaft hat sich auf einen merkwürdigen Zickzack-Kurs begeben, der in hohem Maße kritikfähig ist. Will sie jetzt ständig den Anklagevorwurf ändern, je nach aktuellem Ermittlungsstand? Reichen ein lebensbedrohlicher Messerstich, die Entfernung lebenswichtiger Organe und tagelanges Koma

nicht aus, um einen Tötungsversuch zu rechtfertigen? Die Justiz nährt damit den Verdacht, dass ihr vor allem daran gelegen ist, keine Unruhe in der Bevölkerung aufkommen zu lassen.

– In diese selbstverursachten Spekulationen reiht sich die Äußerung des Vorsitzenden des Niedersächsischen Richterbundes ein. So forderte Frank Bornemann mehr Anstrengungen für die Integration von jugendlichen Flüchtlingen, bis alle Flüchtlinge verinnerlicht hätten, dass man in Deutschland zum Beispiel nicht mit dem Messer aufeinander losgeht. „Wir müssen da ehrlich bleiben, es dauert seine Zeit, bis die Normen einer neuen Gesellschaft verinnerlicht sind“.

Wie lange soll das dauern Herr Bornemann? Der Tatverdächtige lebt schon seit fünf Jahren mit seinen Eltern und Geschwistern in Großburgwedel und hat offensichtlich die einfachsten Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders noch nicht „verinnerlicht“.

Viviens Anwalt Björn Nordmann schätzt die Messerattacke vorläufig so ein: „Es handelt sich um eine versuchte Tötung. Der mutmaßliche Täter hat den Tod meiner Mandantin billigend in Kauf genommen, als er brutal auf sie einstach“, sagte er der Bild.



# Messerattacken: Bürger in Wut, Streit in Niedersachsens Regierung

Von BEOBACHTER | Nach der Messerbluttat von [Großburgwedel](#) an der 24-jährigen REWE-Kassierererin Vivien K. und weiteren drei Messertaten am Wochenende in Hannover wächst die Wut der Bürger. Gleichzeitig ist in der niedersächsischen Regierungskoalition schwerer Streit ausgebrochen zur Frage des Familiennachzugs. Und Polizei und Justiz im Lande sind im Wissen zur Zahl und Täterschaft von Messerattacken völlig hilflos und widersprechen sich in der Frage einer „Messer-Statistik“.

Die Bluttat durch den 17-jährigen Palästinenser Abdalla M. in der gutsituierten Landgemeinde Großburgwedel bei Hannover haben Politik und Medien aufgeschreckt. Hier im Speckgürtel von Hannover haben Ex-Bundespräsident Christian Wulff ([„Der Islam gehört zu Deutschland“](#)) und seine Familie sowie weitere Politgrößen und zahlreiche andere gutbetuchte Niedersachsen ihre [großbürgerlichen Refugien](#).

Entsprechend heftig fallen jetzt die Reaktionen von Politik und Medien aus. Der NDR und die schwer SPD-lastige Hannoversche Allgemeine überbieten sich in aktueller Berichterstattung. Die HAZ, die sich sonst eher die Tippfinger abschneidet als den Migrationshintergrund von Straftätern zu nennen, nennt nun sogar die abgekürzten Klarnamen von Opfer und Tätern: Kassierererin Vivien K., die beim Streitschlichten niedergestochen wurde und nach wie vor im Koma liegt, den 17-jährigen syrisch-palästinensischen Messerstecher Abdalla M., der mit zwei verwandten Migrant-Kindern im Streit Vivien und ihren Freund bedrängte und zustach.

**Und plötzlich kehrt Unruhe ein**

Klar ist nun auch, dass die Integration in der Mustergemeinde Großburgwedel versagt hat. Dort wird viel Geld ausgegeben für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Dutzende von Flüchtlingen erwerben zurzeit „Wohn-Zertifikate“. „Die Geflüchteten sollen Teil der Bürgergesellschaft werden, es soll sich keine Parallelgesellschaft bilden“, heißt es aus Helfernetzwerk mit 90 Ehrenamtlichen. Die Stadtverwaltung veranstaltet Kurse, um Spannungen zwischen Flüchtlingen und Vermietern zu vermeiden.

Völlig neu ist, dass die HAZ recht ungeschminkt über die Wut berichtet, die „allgemein auf die Täter wächst und die Kluft zwischen Einheimischen und Zuwanderern vergrößert“. Das sind Fakten, die sonst nur von besorgten Bürgern in ganz Deutschland angemahnt wurden, die dann der rechtsextremen Ecke zugeordnet wurden. „Wer weiter gegen die Angst nur predigt aber nicht handelt, wird immer weniger erreichen“, schäumt das im Norden marktführende Sozi-Blatt und hat natürlich gleich den eigentlichen Gegner im Visier: die neuen Nazis, denen man sonst das Feld immer öfter überlassen muss, „die ach so „besorgt“ tun, in Wirklichkeit aber nur unsere Freiheit als Geisel nehmen. Und nichts anderes wollen als die Macht. Für sich“. (Originalton HAZ). Das Sozi-Blatt will eben immer noch nicht zwischen Ursache und Wirkung unterscheiden.

Nachdem das Messer nun Einzug in die Edelquartiere der Reichen und Prominenten gehalten hat, reagieren die politischen Parteien in Niedersachsen hektisch bis aufgezogen. Die CDU will den Nachzug von Familien begrenzen, weil unmissverständlich widerlegt worden sei, dass die bloße Anwesenheit familiärer Bezugspersonen Gewaltexzesse verhindern könne. Sie widerspricht damit der Integrationsbeauftragten der Landesregierung Doris Schröder-Köpf, die als Maßnahme gegen Gewalt durch Migranten das Gegenteil, nämlich eine Verstärkung des Familiennachzuges, gefordert hatte. Ihr sprang der SPD-Sprecher für Migration Christos Pantazis bei mit der ausgelutschten Parole: „Ich warne ausdrücklich davor, die

tragische Messerattacke politisch zu instrumentalisieren“. Und die Grünen im Landtag bezeichneten die Äußerungen der CDU als „äußerst fragwürdig“. Die AfD will lückenlose Aufklärung auch darüber, ob die mutmaßlichen Täter sich illegal in Deutschland aufhalten.

### **Die berühmte Ausnahme von der Regel, auch „Einzelfall“ genannt**

Den Vogel in der Debatte schoss wie häufig der berühmte-berüchtigte Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer ab, der sich im NDR über die „zivilisierende“ Wirkung von Frauen „auf Brüder, Söhne, Ehemänner („aber nicht generell“) ausließ und die These von einem messerverhindernden Familiennachzug unterstützte. Auf den Vorhalt, dass dies ja im Fall Großburgwedel gerade nicht funktioniert habe, weil die Tatbeteiligten drei Syrer seit 2013 mit ihren Familien in der Gemeinde leben, antwortete Pfeiffer: „Richtig, gibt immer Ausnahmen von der Regel“. Der Kriminologe meinte noch, dass die jugendlichen Täter aus Ländern stammten, wo mangels funktionierender Polizei Selbstverteidigung zum Alltag gehörte. Da Pistolen zu teuer seien, reichte auch ein Messer. Dieses könnten die jungen Männer dann hier nicht mehr ablegen. Im Übrigen habe es das Phänomen der Messerstechereien schon vor Jahrzehnten bei den jungen Migranten aus Italien und Anatolien gegeben.

### **Messerattacken weichgezeichnet**

Die FDP im Landtag fordert eine Statistik. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) verlangt eine eigene Statistik über Messerangriffe und Täterschaften in Niedersachsen. Vor allem Jugendliche und Heranwachsende scheinen sich laut GdP vermehrt zu bewaffnen. Die GdP hat den Eindruck, dass die Anzahl solcher Messerattacken landesweit zugenommen haben.

Mit dieser Forderung tun sich Polizei und Staatsanwaltschaft schwer, zum Beispiel in der Großstadt Hildesheim, wo es in den vergangenen zwei Jahren mehrere spektakuläre Messerangriffe

durch Migranten bis hin zum Mord gegeben hat. Dort meint die Polizei zu wissen, dass die Zahl der Messerattacken nicht stark in die Höhe geschneit ist. Aber genaue Zahlen gibt es mangels Statistik natürlich nicht. Die Justiz findet eine Messer-Statistik wenig hilfreich.

Die Polizeigewerkschaft hofft, dass die Justiz abschreckende Signale aussendet. Die Staatsanwaltschaft Hannover tut das Gegenteil. Seit geraumer Zeit wurden Messerattacken grundsätzlich als versuchte Tötung gewertet und später gegebenenfalls herabgestuft. Im aktuellen Fall Großburgwedel wurde der Vorwurf nun auf gefährliche Körperverletzung reduziert. Die Ermittler gehen davon aus, so heißt es, dass der 17-jährige von seinem Vorhaben Abstand nahm und deshalb nur einmal zustach. Und was ist, wenn sein Opfer stirbt?



## Das Messer hat die Edelquartiere erreicht

Von BEOBACHTER | Selten ist ein prominenter Politiker von seinem Geschwätz so brutal eingeholt worden wie der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff ([„Auch der Islam gehört zu Deutschland“](#)) . Praktisch vor seiner Haustür im großbürgerlichen Burgwedel bei Hannover wurde [eine 24-Jährige ins Koma gestochen](#). Durch ein „syrisches Messer“. Das islamische Eroberungssymbol hat damit auch die Edelquartiere

erreicht. Fragen an das frühere Staatsoberhaupt.

Der notorische Islam-Versteher Wulff muss sich fragen lassen: Was wäre, wenn es Ihre eigenen Kinder getroffen hätte? Wie wollen Sie der Familie des Messeropfers in Ihrer Gemeinde die Tat erklären? Die junge Frau schwebt weiterhin in Lebensgefahr. Geht es Ihnen und Ihrer Frau nicht wie Hunderttausenden Familien in Deutschland, die Angst um ihre Kinder vor Messerattacken haben? Würden Sie noch von „Einzelfall“ sprechen angesichts der Messer-Gewaltspirale durch fast ausschließlich islamische Täter in Deutschland?

Man soll nicht verallgemeinern, werden Sie einwenden. Aber warum distanzieren sich dann nicht fünf Millionen Moslems in Deutschland spontan von dieser Gewalt-Eskalation an ihren Gastgebern, wenn sie doch zu Deutschland gehören, wie Sie sagen? Oder mindestens Aiman Mazyek vom „Zentralrat der Muslime“, der 10.000 Muslime vertreten soll.

Von Ihrer hohen Warte aus können Sie leichthin vom Islam reden, der zu Deutschland gehört. Was Sie und andere Spitzenpolitiker von normalen Deutschen unterscheidet, ist der Sicherheitskordon um sich und ihre Familien. Ein moslemischer „Störer“ wird niemals an sie herankommen, bis auf ein paar Meter vielleicht, dann haben ihn die Personenschützer niedergerungen und ausgeschaltet. So geschehen vor kurzem in Berlin, als ein Allahu-akbar-Rufer sich der Kanzlerin näherte und diese unbeeindruckt in ihren gepanzerten Limousine stieg, wo sie doch noch 2015 mit Selfies in der islamischen Flüchtlingsmenge badete und damit fremden Kulturen mit archaischen Sitten das Startsignal Richtung Deutschland gab.

Sie und andere hochrangige Politiker leben in Burgwedel abgeschirmt. Als Bundespräsident a.D. genießen Sie immer noch diverse Vorzüge. Neben knapp 240.000 Euro Ehrensold im Jahr (lebenslang), einem Büro in Berlin, Dienstwagen mit Chauffeur und Sicherheitsbeamten sollen auch besondere bauliche Schutzmaßnahmen dazugehören. Deshalb scheiterten auch im



Januar 2018 Einbrecher, als sie die Haustür von [Ihrem Domizil](#) aufhebeln wollten. Ihre Frau Bettina (44) rief die Polizei, dann Entwarnung. Es war beim [Einbruchversuch](#) geblieben. Sie sind in der Islam-Debatte zum Symbol geworden für die „Wir hier oben, ihr dort unten“-Bürger

### **Normale Bürger haben keine Bodyguards**

Sie wohnen wie viele der wohlbetuchten BärchenwerferInnen in einer (noch) weitgehend sicheren Community. Die hohen Grundstückspreise und Mieten Ihrer Edelquartiere machen es möglich. Aber Sie sehen: schon ein Gang zum Edeka-Markt kann Lebensgefahr bedeuten, der islamische Messer-Terror hat mittlerweile auch die Edelquartiere erreicht. Seien Sie ehrlich mit sich, solche Brutaltaten kamen früher allenfalls im hannoverschen Rotlichtbezirk „Steintor“ vor, nicht in einer Landgemeinde wie Großburgwedel. Statt Zuhältern stechen jetzt schon Teenies zu.

Normale Bürger in Deutschland müssen mit der alltäglichen importierten Gefahr durch gewalttätige „Flüchtlinge“ leben. Sie haben keine Bodyguards, keinen vom Staat bezahlten Einbruchsschutz und keine Wohnungsüberwachung. Im Gegenteil, wenn sie sich auf dem nächtlichen Nachhauseweg schützen wollen, laufen sie schnell Gefahr, bei Gegenwehr selbst angeklagt zu werden.

Diesen Bürgern geben Ihresgleichen banale Ratschläge. Eine [Armlänge Abstand](#) halten, riet Kölns weltfremde Oberbürgermeisterin Reker. „[Man muss nicht unbedingt Menschen nah an sich ranlassen](#)“, empfahl Herbert Reul (CDU), Innenminister von NRW, in fast bemitleidenswerter Einfalt beim Eingeständnis rasant zunehmender Messerattacken. Und ergänzte, dass die Bürger einfach sensibler sein müssten. Seine eigenen Beamten rüstet er mit Schutzwesten aus.

Werter Herr Wulff, die „Menschen“ in Deutschland sind verdammt sensibel. Sie gehen bereits zu Tausenden auf die Straße, um

ihren Protest gegen die Irrsinnspolitik ihrer Mentorin Angela Merkel lautstark kund zu tun. Aber wenn sie das wie am Wochenende in Kandel tun, wo ein syrischer „Flüchtling“ [die 15-jährige Mia](#) abmesserte, dann werden sie in vom Staat organisierten und bezahlten „Gegendemonstrationen“ von oberster Stelle als Hetzer, Rassisten und Rechtsradikale verleumdet. Noch schlimmer: die Anfahrtstrecken per Auto, Bus oder Bahn zur Demo und vor Ort werden durch Antifa blockiert. Es heißt: wer sich wehrt, der verallgemeinert und schürt Hass. So einfach, wie die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), sollten Sie es sich nicht machen, Herr Wulff. Denn nach dem versuchten Messermord nur wenige Minuten von Ihnen entfernt müssen Sie zugeben: Kandel ist überall!

Wissen Sie, dass in Kommentaren im sozialen Netzwerk schon von „wulffen“ die Rede ist, wenn islamische Straftäter Messer einsetzen? Wissen Sie, dass ein Messerangriff auf eine Lehrerin durch einen 7-jährigen Zweitklässler hohnvoll als „Hantieren“ mit dem gefährlichen Stichwerkzeug verniedlicht wird. Durch den grünen Ministerpräsidenten Kretschmann nämlich, selbst früher ein Lehrer.

## **Messer, das stählerne Synonym für die Islamisierung Deutschlands**

Wohlbemerkt, es geht in diesem Beitrag nur um Messerattacken, eine kulturelle Spezialität derer, für deren inkompatible Religion Sie sich verwenden. Von den Tausenden anderer koranbeeinflusster Straftaten seit Ihrem fatalen Satz soll hier nicht die Rede sein. Das Messer ist zum stahlgewordenen Synonym für die gewaltsame Islamisierung Deutschlands und dessen nicht gelingende Integration geworden.

In den Netzwerken wird kolportiert, dass die Familien der syrischen Teenies von Großburgwedel integriert und ihre Kinder Einser-Schüler seien. Warum trägt dann einer von ihnen ein Messer bei sich, und nicht das Schulheft? Warum hat dann die Integration Samstagabend vor dem Edeka-Markt

offensichtlich versagt? Könnte es sein, dass Sie, Herr Wulff, sich geirrt haben und der Islam eben nicht zu Deutschland gehört? Wenn Sie bei Ihrer Auffassung bleiben, sollten Sie so ehrlich sein und umgehend ihre Worte ergänzen: „Auch das islamische Messer ist ein Teil Deutschlands“.

Aber auch andere haben den Knall noch nicht gehört:

### **Schröder-Köpf will den Teufel mit Beelzebub bekämpfen**

Die Integrationsbeauftragte der niedersächsischen Landesregierung, Doris Schröder-Köpf (SPD), will den Teufel mit Beelzebub bekämpfen. Sie sprach sich mit Blick auf die Messerattacke für einen schnellen Familiennachzug bei Flüchtlingen aus. „Wir wissen, dass Perspektiv- und Sprachlosigkeit die Aggression erhöht und zugleich die Anwesenheit von Frauen mäßigend wirkt“, sagte die SPD-Politikerin [„Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“](#).

Schröder-Köpf betonte, dass Zuwanderer statistisch betrachtet nicht aggressiver seien als Einheimische. „Aber es kommen eben vor allem junge Männer, und gerade bei Männern zwischen 13 und 35 ist das Gewaltpotenzial in allen Kulturen erhöht“, beschrieb sie im „HAZ“-Interview.

Frau Schröder-Köpf muss es wissen: die Ex-Frau von Alt-Kanzler Gerd Schröder ist mit Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) liiert . Und der ist Herr über die Kriminalitätsstatistiken.



# Versuchter Messermord in Großburgwedel: Was nun, Herr Wulff?

Von BEOBACHTER | Ex-Bundespräsident Christian Wulff war der Erste, der gesagt hatte: „[Auch der Islam gehört zu Deutschland](#)“. Jetzt hat ihn sein fataler Spruch möglicherweise sprichwörtlich eingeholt: In seinem Wohnort Großburgwedel bei Hannover, also praktisch vor seiner Haustür, wurde am Samstagabend eine 24-jährige Frau aus einer Gruppe von Kindern und Jugendlichen heraus ins Koma gestochen. Die Frau schwebt nach wie vor in Lebensgefahr.

Eine weitere Messerattacke gab es in der Nacht zuvor in Hannover. Beteiligt hier: zwei Südländer. In Niedersachsen häufen sich die Vorfälle. Man muss fragen: Was nun, Herr Wulff? Haben Sie sich etwa geirrt?

Wie die [Bild aktuell berichtet](#) soll es sich bei der messerstechenden Teenie-Gruppe um drei „syrische Flüchtlinge“ (13, 14 und 17 Jahre alt) handeln.

Und so soll sich das Drama abgespielt haben. Die 24-Jährige und ihre ein Jahr ältere männliche Begleitung trafen in einem Supermarkt in Großburgwedel am Samstagabend kurz vor Ladenschluss zunächst auf die beiden Kinder. Es kam zu Streitereien.

Wenig später, nach Verlassen des Supermarktes, trafen die 24-Jährige und ihr Begleiter erneut auf die Kinder, denen sich ein 17-Jähriger hinzugesellt hatte. Beim erneuten Streit und Handgreiflichkeiten wollte die 24-Jährige schlichten und geriet zwischen die Fronten. Der 17-Jährige soll zugestochen haben. Die Polizei fand die drei Teenies wenig später in der Nähe des Tatorts. Der 17-Jährige und der 14-Jährige wurden festgenommen. Gegen beide wird wegen des Verdachts eines

versuchten Tötungsdeliktes ermittelt. Der Jüngste wurde wenig später wieder entlassen. Der 17-Jährige soll noch am Sonntag einem Haftrichter vorgeführt werden.

Ob sich das tatsächlich so bewahrheitet, bleibt abzuwarten. Denn die umfassende Wahrheit kann heutzutage fast nur noch zwischen den Zeilen gelesen werden. Die Polizei spricht von einem „mutmaßlichen“ Täter. Auch über einen möglichen Migrationshintergrund schweigt der Polizeibericht.

### **Noch mehr „südländische“ Täter**

Und noch ein Messer-Fall durch „südländische“ Täter erschütterte am Wochenende die Region Hannover. In der Nacht zu Sonnabend wurde ein 18-Jähriger in der Innenstadt von Hannover mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Die beiden Täter sprühten dem Opfer Pfefferspray ins Gesicht und stachen auf den jungen Mann ein. Dann flüchteten sie.

Ein Streifenwagen der Polizei fand den Schwerverletzten. Einer der Täter trug einen „leichten Bart“, der andere eine großflächige Tätowierung. Die Hintergründe des Überfalls sind unklar.